

Calmer Tagblatt

Nr. 233

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 10 Pf. —
Wochensatz 50 Pf. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9.

Freitag, den 6. Oktober 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 316 Pf., vierteljährlich 948 Pf., halbjährlich 1896 Pf., jährlich 3792 Pf. — mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Dem morgen wieder zusammentretenden Reichstag wird der Beschluß der Reichsregierung, die Wahl des Reichspräsidenten am Sonntag, den 3. Dezember vorzunehmen zur Genehmigung unterbreitet werden.

Innerhalb der französischen Regierung scheinen größere Änderungen vorgenommen zu werden. Anstelle des Präsidenten der Reparationskommission, Du Bois, der seinen Rücktritt gewünscht hat, wurde der frühere Justizminister Barthou, ein Anhänger Poincaré's, gewählt. Auch auf den Posten der Berliner Gesandtschaft wurde ein neuer Mann berufen. Aus Paris kommt zudem eine Nachricht, wonach man sich in Regierungskreisen mit dem Gedanken einer Umgruppierung des Ministeriums trage. Bedingung sei das Ausscheiden Poincaré's (!). Wir können für die Richtigkeit der Nachricht natürlich keine Garantie geben, sollte sie aber zutreffen, so wäre sie wohl als ein Zeichen für einen Umschwung in der französischen Politik zu registrieren, der vielleicht auf den amerikanischen-englischen Druck, zum großen Teil aber wohl auf die Orientierung zurückzuführen wäre, die eine weitere Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland nicht gut ertragen dürfte.

Die Auseinandersetzungen auf der Konferenz von Mubania haben, anscheinend zu einer Verständigung der Alliierten und Türken über Thrazien geführt. Die Griechen wurden dabei als *quantité négligeable* behandelt.

Die orientalische Frage.

Die Aufgaben der Konferenz von Mubania.

Paris, 5. Okt. Das orientalische Informationsbureau in Paris verbreitet folgende Meldung aus Konstantinopel vom 4. Oktober: General Harrington hat die Sitzung in Mubania mit einer Rede eröffnet, in der er erklärte, die Absichten der Konferenz seien: 1. die Einstellung der Feindseligkeiten zu erzielen, 2. in Thrazien eine Linie festzusetzen, hinter die sich die griechischen Truppen zurückziehen hätten, ferner die Einzelheiten der Räumung zu bestimmen und die Verwaltung durch die türkischen Behörden vorzubereiten, deren Plan aber den Mächten unterbreitet werden müsse, 3. den Weg für die kommende Friedenskonferenz vorzubereiten. 5 Stunden habe die Konferenz am 3. Oktober getagt und sich in einer Atmosphäre, die eine friedliche Lösung voraussehen lasse, vertagt. Man habe hervorgehoben, daß die Wiederaufrichtung Thraziens von der Annahme der alliierten Pariser Note abhängen. Ismed Pascha habe hier auch in klarer Weise erklärt, daß die Note grundsätzlich von der Angora-Regierung angenommen worden sei. Man habe deshalb gedacht, unverzüglich die administrativen Fragen zu prüfen. General Charpi habe alsdann einen Vorschlag gemacht, der diskutiert worden sei.

Die Griechen haben nichts zu sagen.

Paris, 5. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Angora haben dort die aus Mubania eingegangenen Nachrichten über den Verlauf der Konferenz lebhaftes Genugtuung hervorgerufen. Man habe für gestern die Unterzeichnung des Abkommens zwischen den alliierten Generalen und Ismed Pascha erwartet. Die griechische Delegation, mit deren unverzüglichen Eintreffen man rechne, müsse nach Verständigung zwischen den Alliierten und Türken zu der Konferenz hinzugezogen werden. Sie werde vor einen von den Mitgliedern der Konferenz formulierten festen Vorschlag gestellt werden. Die Regierung von Angora soll beschloffen haben, den Alliierten mitzuteilen, daß sie grundsätzlich mit der Note vom 23. September einverstanden sei.

Optimismus in Warschau.

Warschau, 5. Okt. Mehrere Blätter teilen mit, daß die Besprechungen mit rumänischen Vertretern und die Verhandlungen mit Tschischerin die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Balkankonflikts ergeben haben.

Der Abbau der Regierung in Konstantinopel.

Paris, 5. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel verlautet in Kreisen der Pforte, daß Großwestir Tewfik Pascha dem Vorsitzenden der großen Nationalversammlung mitgeteilt habe, er sei bereit, sich der Entscheidung der Nationalversammlung und dem Willen des Volkes zu unterwerfen. Nach dem Wunsch der Regierung von

Reichspräsidentenwahl am 3. Dezember.

Berlin, 5. Dez. Das Reichskabinett beschloß, alsbald einen Reichstagsbeschluß über die Wahl des Reichspräsidenten herbeizuführen und Sonntag, den 3. Dezember, als Wahltag vorzuschlagen.

Berlin, 5. Okt. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierung ersucht, die Gemeindevahlbehörden anzuweisen, alle erforderlichen Vorbereitungen für die Wahl des Reichspräsidenten sofort in die Wege zu leiten.

Angora werde sich die Konstantinopeler Regierung zurückziehen und die Verwaltung der Stadt einem Beauftragten des Generalgouverneurs übertragen, der von Angora nach Konstantinopel geschickt würde. In nationalistischen Kreisen Konstantinopels nehme man an, daß mit diesem Posten eines der ehemaligen Mitglieder der Regierung von Konstantinopel betraut werden solle.

Eine türkische Armee für Thrazien.

Paris, 5. Okt. Das türkische Informationsbüro meldet aus Angora: Der Minister für nationale Verteidigung habe eine neue türkische Armee organisiert, die aus 80 000 Mann bestehe und mit den den Griechen abgenommenen Waffen ausgerüstet sei. Das Heer sei für die Besetzung Thraziens bestimmt. Die Soldaten seien in den befreiten Gebieten ausgehoben worden.

Eine Gnadenfrist für den Sultan.

Paris, 5. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird angenommen, daß der Sultan trotz seiner schwachen Gesundheit bis zur Unterzeichnung des Friedens auf dem Thron bleiben werde.

Die Abdankungsurkunde des griechischen Königs verschwunden.

Paris, 5. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Athen ist der frühere Ministerpräsident Triantaphylakos über das Verschwinden der Abdankungsurkunde König Konstantins gefragt worden. Er hat erklärt, daß das Schriftstück in die Nationaldruckerei geschickt worden sei, wo einige Offiziere aus eigener Nachvollkommenheit den Abdruck verhindert hätten. Was aus dem Original geworden sei, wisse er nicht. Triantaphylakos habe jedoch versprochen, Kreidas den Brief zu überlassen, den ihm der frühere König in Bezug auf seine Abdankung zugesandt habe. Man nehme an, daß das Verschwinden der Abdankungsurkunde ein Werk konstantinopelischer Offiziere sei, die auf den Abfall der revolutionären Truppen bei ihrer Landung an der asiatischen Küste gerechnet hätten.

Venizelos bei Poincaré.

Paris, 5. Okt. Poincaré wird morgen Freitag Venizelos empfangen.

Änderung der französischen Politik?

Barthou Präsident der Reparationskommission.

Paris, 5. Okt. Justizminister Barthou wurde zum Präsidenten der Reparationskommission ernannt. Unterstaatssekretär Colrat wurde an seiner Stelle zum Justizminister ernannt.

Ministerwechsel in Frankreich?

Paris, 5. Okt. Havas meldet: In Regierungskreisen hat man seit gestern abend eine Umgruppierung des Ministeriums ins Auge gefaßt, die das Ausscheiden Poincaré's bedingt, aber nur wenig umfangreich sei. Der Minister des Innern soll das Justizministerium übernehmen und durch den Landwirtschaftsminister Cheron ersetzt werden, während Unterstaatssekretär Colrat Cheron's Nachfolger werden soll.

Die Reparationsfrage.

Eine Reparationsrede des französischen Finanzministers.

Die üblichen Klagen über Deutschlands angebliche Verschuldungen. Paris, 5. Okt. Auf einem Festmahl, das die Pariser Handelskammer heute veranstaltete, hielt Finanzminister de Lasteyrie eine Programmrede. Er erklärte, die Nichtausführung des Friedensvertrags von Versailles sei die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten, und suchte nachzuweisen, daß, da die Deutschen noch keinerlei Zahlung auf das Reparationskonto geleistet hätten, der französische Staat gezwungen worden sei, sich auf dem

Wege der Anleihe die für das Wiederaufbaugesamt notwendigen Summen zu beschaffen. Nachdem der Finanzminister von den Ersparnissen und der Steuerpolitik der Regierung gesprochen hatte, ging er auf die Reparationsfrage ein und erklärte, seit drei Jahren erlebe man Enttäuschung auf Enttäuschung. Anstatt seine Verpflichtungen zu erfüllen, ziehe Deutschland es vor, Bankrott zu machen. Es finde Geld, um seine wirtschaftliche Ausrustung zu verstärken und um Eisenbahnen und Kanäle zu bauen. Es finde aber kein Geld, um die Alliierten zu bezahlen. Die jüngst geschlossenen Abkommen, das Wiesbaden- und das Lubersack-Stinnesabkommen, bedeuteten einen wirklichen Fortschritt zur Regelung des Reparationsproblems durch Sachlieferungen. Die Durchführung dieser Abkommen müsse man sicherstellen und sie durch neue vervollständigen. Andererseits müsse man Deutschland zwingen, Ordnung in seine Geschäftsführung zu bringen, damit es ausländische Anleihen abschließen könne. Das sei die einzige Lösung, durch die sich das französische Schatzamt in naher Zukunft Bargeld verschaffen könne. Er verkenne die Schwierigkeiten des Unternehmens nicht. Sie seien auf die so ernste Lage im Innern zurückzuführen, in die sich Deutschland durch seine Finanzpolitik gebracht habe. Der Minister sprach alsdann von der Reparationskonferenz in Brüssel und erklärte, daß dort die französische Regierung ein konkretes Programm vorlegen werde. Er hoffe alsdann, daß bei dieser Gelegenheit das Problem der interalliierten Schulden angeschnitten werde. Auf Konto Deutschland habe man Ausgaben gemacht, die sich bis zum 1. Januar auf 80 Milliarden beziffert hätten und die am 31. Dez. jedenfalls 100 Milliarden übersteigen würden. Nach Ansicht des Finanzministers kann von einer raschen Deflation in Frankreich nicht die Rede sein, solange Deutschland nicht mit seinen Zahlungen begonnen hat. Frankreich mache augenblicklich wundervolle Anstrengungen zur wirtschaftlichen Wiederaufhebung. Schon könne man den Augenblick voraussehen, in dem die wiederaufgebauten Provinzen ihren Platz als Faktor der nationalen Produktion wieder einnehmen würden. Die Eisenbahneinnahmen hätten sich im Vergleich zum Jahre 1920 um 600 Millionen gesteigert. Die Steuern würden im Jahre 1922 dem französischen Staatsschatz eine Erleichterung von etwa 8 bis 9 Milliarden bringen.

Die von Deutschland zu bezahlenden Bezüge der interalliierten Kontrollkommission.

Berlin, 5. Okt. Die Botschafterkonferenz erhöhte die Bezüge der Mitglieder der interalliierten Kontrollkommission mit Wirkung vom 1. September an auf das Dreifache der bisherigen Höhe. Demgemäß erhalten fortan monatlich außer dem Heimatsgehalt der vorstehende General 310 800 Mark, die sonstigen Generale, sowie die Obersten und Oberstleutnants 229 425 Mark, die sonstigen Obersten, Oberstleutnants, sowie Majore 163 875 Mark, die sonstigen Majore 147 525 Mark, Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 139 275 Mark, Unteroffiziere 75 730 Mark, Gemeine 45 900 Mark.

Amerikanische Auffassung

über die europäische Verschuldung.

London, 6. Okt. Einer Erhängemeldung zufolge erklärte ein offizieller Wortführer der amerikanischen Regierung erneut, daß, bevor die Ver. Staaten direkt mitwirken würden, Europa finanziell wieder herzustellen, das Ausland sich bereit erklären müsse 1. zu einer größeren Verminderung der Ausgaben für militärische Streitkräfte, 2. zur Preisgabe von ungefähr 60 Prozent der deutschen Reparationen und 3. zur Preisgabe der habgierigen imperialistischen Bestrebungen, die zu einer Beunruhigung und zum Kriege führten. Auf die Frage, ob die Ver. Staaten es sich leisten könnten, einen Teil, oder den Gesamtbetrag, oder mehr als 11 Milliarden Dollar, der den Ver. Staaten geschuldet werde, zu streichen, erwiderte der Wortführer der amerikanischen Regierung mit Nachdruck: Nein! Welchen Zweck hat es, die große, dem amerikanischen Volk geschuldete Summe aufzugeben? Würde die Streichung der Summe Europa reformieren? Würde sie zur Aufgabe der großen Kriegseinrichtungen führen? Würde die Preisgabe unserer Forderungen militärische und politische Intrigen verhindern?

Amerika will die Schulden der Alliierten nicht annullieren.

Paris, 6. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Washington ist das Schatzamt der Ansicht, daß die Anregung Max Kennas zu der Frage der interalliierten Schulden an der Sachlage in Bezug auf die Schuldzahlung nichts ändere. Was die etwaige Herabsetzung des Kapitals anbelange, so erklären hochstehende Persönlichkeiten des Schatzamts, daß die Schuldensumme

haft.
Markt gestie-
auf 397 Mark.
fe.
rter Effekten-
Die Nachfrage
Berten reichte
ie z. B. Hesse
Die Umsätze
er Bankmarkt
Hypotheken-
(255). Auch
ngen: Hohen-
). Umso leb-
ie Kursbesse-
5 Pr. (2100),
(1400), Gb-
(1360). Auch
Elinger
chen, Wein-
(650), Tutt-
0 Pr. (570),
die übrigen
Köln-Rottw.
Pr. (1500),
Zucker + 29
Ziegel Lud-
en gleichfalls
rten zu ver-
inger Tricot.
nd
s
men.
5 Uhr.
Liebenzell
se
ird.
kennen,
zurück.
gilt
der
Calw.
er-
reib-
hinen
modell, fabri-
arantie sofort
lieferbar
Schleh,
enstadt
ocher 27.
Anfrag. od.
erwünscht.
er Preisauf-
eht bevor.
rd auf sofort
ungsliebendes
hen
s erwachsenen
ehenden Haus-
te Bezahlung.
r Schmidt,
heim,
ulstraße 1.
as
Restaurant
Karlsruhe
er Cv. Stadt-
ion,
chriftl. gefinnete
 Mädchen.
Bezahlung wird

...konvention nur nach dem Kongress richten könne, der sie bis jetzt lediglich ermächtigt habe, angemessene Bedingungen für die Rückzahlung zu formulieren. Man gebe zu, daß die Kommission nach vorangegangener Untersuchung und Besprechung mit den Vertretern der auswärtigen Mächte dem Kongress die Lage eines Landes im besonderen auseinandersetzen könne, um die Bedingungen für die Rückzahlung entsprechend zu fassen. Andererseits sei man im Schatzamt jedoch der Ansicht, daß jede allgemeine Streichung oder Herabsetzung der interalliierten Schulden für das allgemeine Gedeihen der Welt von Nachteil sein würde. Jedes Vorgehen, das als Zahlungsverweigerung seitens einer souveränen Regierung zu betrachten sei, würde ihrem Kredit einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen und die Annulierung der Schuld seitens gewisser Länder würde den Mangel im Vertrauen zu ihren Staatspapieren nur verschärfen. Das Schatzamt habe aber nicht die Absicht, sich als Gläubiger unbarmherzig zu zeigen. Er sei der Ansicht, daß die Rückzahlung seitens Englands außer Zweifel stehe und daß man darauf rechnen könne, daß Frankreich und die anderen Nationen von Bedeutung sich zweifellos auf Grund eines sorgfältig durchgeführten Konsolidierungsplans ihrer Verpflichtungen entledigen würden.

Die Vormundschaft der Entente über Oesterreich.

Genf, 5. Okt. Der Generalkommissar des Völkerbunds für Oesterreich ist bis gestern nicht ernannt worden. Auch soll bis jetzt noch keine bestimmte Persönlichkeit ins Auge gefaßt sein. Nach einem besonderen Beschluß des Völkerbundsrats soll jedoch der Generalkommissar weder einer der die Anleihe garantierenden Mächte noch einem Nachbarstaate Oesterreichs angehören. Man denkt daher an eine holländische, polnische oder skandinavische Persönlichkeit, die sowohl mit Finanz- als auch mit Verwaltungsfragen betraut wird. Der Rat beauftragte seinen Untersuchungsausschuß, der bisher die österreichische Frage bearbeitet hat und in dem neben den französischen, englischen und italienischen Ratsmitgliedern auch die tschechische Partei vertreten ist, den Generalkommissar zu bezeichnen. Was das Kontrollkomitee betrifft, ordnet der Beschluß des Rates an, daß der Vorsitz über die ganze Dauer der Tätigkeit des Komitees von dem italienischen Mitglied ausgeübt wird und daß der Vizepräsident dem tschechisch-slovakischen Vertreter zufallen soll. Außerdem fordert der Rat den Untersuchungsausschuß auf, weiterhin die Entwicklung der Lage in Oesterreich zu überwachen.

Bermischtes.

Der deutsche Pazifistenkongress für den Eintritt in den Völkerbund.

Leipzig, 5. Okt. In der gestrigen Sitzung des deutschen Pazifistenkongresses wurde die Aussprache über die Kulturprobleme beendet. Eder sprach alsdann über das Thema „Deutschland und der Völkerbund“. Eine von Professor Kautbe eingebrachte Entschließung, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund selbst unter Verzicht auf einen ständigen Sitz im Rat fordert, wurde einstimmig angenommen.

Was die Franzosen sich in Deutschland erlauben.

Berlin, 5. Okt. Der französische Hauptmann Beise, Mitglied der interalliierten Luftverkehrs-Garantiekommission, der in einem Haus in Wilmersdorf wohnt, stellte gestern abend den über ihm mit Familie wohnenden Kaufmann Bernstein zur Rede, weil es bei diesem angeblich zu laut hergehe. Als Bernstein den Hauptmann hinauswies und, weil er nicht freiwillig gehen wollte, zur Türe hinaus schob, zog der Franzose die Pistole und gab einen Schuß ab, der Bernstein in den Unterleib traf. Die auf den Lärm hin alarmierte Nachbarschaft nahm gegen den Franzosen Stellung. Die Polizei ist mit der Untersuchung des Falles beschäftigt. Bernstein erstattete gegen den Franzosen Strafanzeige.

Abzug der italienischen Faschisten aus Bozen.

Zusbruck, 6. Okt. Das Presseamt des Faschistenkommandos in Bozen hat bekannt gegeben, daß die Faschistenlegion aus Bozen abgezogen und in die Heimat zurückgeführt ist, nachdem sie ihr Ziel erreicht habe. Das faschistische Programm werde von den Bozener Faschisten nach den bisherigen Richtlinien weiter verfolgt.

Herabsetzung der Löhne in der tschechischen Textilindustrie.

Prag, 5. Okt. Wie das „Prager Tageblatt“ meldet, hat die Vereinigung der Arbeitgeber der Textilindustrie beschlossen, die Teuerungszuschläge vom 15. Oktober ab um 30 Prozent herabzusetzen. Die Arbeiterschaft hat ihre Bereitwilligkeit hierzu erklärt.

Verhaftung tschechischer Offiziere wegen Landesverrats.

Wien, 6. Okt. Nach einer Blättermeldung aus Prag wurden in Brünn einige Offiziere der tschechischen Armee, die in fremden Diensten standen, verhaftet. Vor allem handelt es sich um den Adjutanten des Generals Podwinski, Nowakowski. Die Gründe der Verhaftung wurden nicht bekannt gegeben. Es steht aber fest, daß es sich um Offiziere handelt, die in ausländischen Diensten stehen und eine Gefahr für den Staat bedeuten. Die Untersuchung und die Verhaftungen werden fortgesetzt, da es sich um Geschäfte handelt, die von einer weitverbreiteten Gesellschaft getätigt werden.

Der Rathenauprozeß.

Leipzig, 5. Okt. Günther führte weiter aus, am Vormittag nach der Zusammenkunft bei Schütz sei der Plan nochmals von Kern und Fischer mit ihm besprochen worden. Kern und Fischer hätten erst eine Probefahrt machen

Ämtliche Bekanntmachung

Kartoffelverband mit der Bahn.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß beim **Verband von Kartoffeln mit der Bahn nach Orten innerhalb Württembergs** der erforderliche Frachtbrief durch das **Oberamt abgestempelt** sein muß.

Beim **Verband von Kartoffeln nach außerhalb Württembergs** ist die **Ausfuhrerlaubnis** bei der **Landesverforgungsstelle Stuttgart** einzuholen.

Calw, den 4. Oktober 1922.

Oberamt: 6 5.

wollen. Die Maschinenpistole sollte aber auf alle Fälle mitgenommen werden. Nach der Fahrt hatte er den Auto zur Garage zurückgeführt, habe er gesagt, „die Sache habe geklappt“ oder so ähnlich. — Auf die Frage des Vorsitzenden gab der Angeklagte zu, sich bewußt gewesen zu sein, daß er Beihilfe zum Mord geleistet habe. Falsche Pässe und Geldmittel habe ein Herr von Rohden besorgen wollen. Der Oberreichsanwalt stellte fest, daß von Rohden der Mann ist, der Günther angezogen habe. Hierauf trat eine Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung verkündete der Vorsitzende den Gerichtsbeschuß, einige Teilnehmer an dem Festabend des Deutsch-nationalen Jugendbundes, wo Günther stürmisch begrüßt worden sei, als Zeugen zu laden. Hierauf begann die Vernehmung des Angeklagten von Salomon. Dieser sagte aus, er habe Kern in Frankfurt a. M. kennen gelernt und verehere ihn schwärmerisch auch jetzt noch. Den Mord und seine Gründe billige er nicht, bewundere aber den Mut, mit dem Kern die Tat begangen und die Folgerungen daraus gezogen habe. In nationalen Kreisen in denen er verkehrt habe, sei niemals von einer Ermordung, sondern nur von der „Beseitigung“ Rathenaus die Rede gewesen. Unter „Beseitigung“ habe man immer nur die Beseitigung als Minister oder Politiker verstanden. Kern habe allerdings später von einer Ermordung gesprochen, was er aber nur aus Bruchstücken der Unterhaltung mit Fischer wisse. Bei einem Spaziergang im Grunewald habe dieser gesagt: „Hier passiert nächstens etwas“. Bei seiner weiteren Vernehmung erklärte der Angeklagte, da er den Plan Kerns, Rathenau zu ermorden, gern verhindert hätte, habe er versucht, durch Dritte Kern von dem Plan abzubringen. Auch Tilsen sei anscheinend mit dem Plan Kerns nicht einverstanden gewesen, habe aber geäußert, er könne Kern nicht hindern, wenn er auf seinem Plan bestehen bleibe. Der Angeklagte Hedrig erklärte, er habe niemals der Organisation C. angehört. Seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter, daß das von Dresden geholte Auto zur Ermordung Rathenaus benutzt werden sollte, sei unwahr. Die Namen der Personen, die als Teilnehmer genannt wurden, habe er zuerst durch Kern in Berlin gehört. Angeklagter Warnicke sagte aus, ihm sei von der Absicht, Rathenau zu ermorden, nichts bekannt gewesen. Er habe nur von Waffenschiedungen gewußt. Der Angeklagte Issemann erklärte, er habe die Maschinenpistole aus Dankbarkeit gegen Kern aufbewahrt. Als diese abgeholt worden sei, habe er nicht gewußt, zu welchem Zweck dies geschehe, sonst hätte er sie nicht ausgeliefert. — Auf Befragen erklärte Issemann Tschow habe von der Maschinenpistole nichts gewußt. Die Pistole sei auseinandergenommen und in ein starkes Kartonpapier eingehüllt gewesen. Er habe sie selbst mit dem Mantel in das Auto getragen, wo sie zu Fischer Kerns und Fischers gelegen habe. Ueber den Verbleib des Koffers Kerns, der in Schwerin aufbewahrt wurde, verweigerte der Angeklagte die Aussage, um nicht eine ihm nahe stehende Person in die Angelegenheit zu verwickeln. Er bestritt aber entschieden, den Koffer persönlich beseitigt zu haben. Auch als der Oberreichsanwalt erklärte, der Koffer sei gefunden worden, blieb Issemann bei seiner Weigerung.

Leipzig, 5. Okt. In der heutigen Verhandlung im Rathenau-Prozeß wurde das Untergebenerverhältnis von Ernst Werner Tschow zu Kern näher erläutert. Auf Befragen des Vorsitzenden, warum Tschow sich Kern gefügt habe, obwohl er von seinen Ansichten nicht überzeugt gewesen sei, erklärte der Angeklagte, er habe Kern gegenüber unter einem gewissen Druck gestanden. Er habe Kern sein Ehrenwort gegeben und deshalb seine später auftauchenden Bedenken unterdrückt. Kern habe auch keinen Widerspruch aufkommen lassen. Der Angeklagte Hans Gert Tschow sagte aus, Kern habe zu ihm geäußert, sein Bruder sei insofern unwissend gewesen, als er nicht gewußt habe, daß die Fahrt der Ermordung Rathenaus galt. Hierauf begann die Vernehmung des Angeklagten Günther. Der Verteidiger, Dr. Golmich, beantragte, dem Nervenarzt, Professor Dr. Schulz, die Anwesenheit zur Beobachtung der Psyche des Angeklagten zu gestatten. Er habe Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Die Auskunft seines Kameraden, daß er nicht recht im Kopf sei, deute auf sein planloses Verhalten. Dem Antrag wurde stattgegeben. Günther sagte aus, Stubenrauch hätte den Plan gehabt, Rathenau im Reichstag zu erschließen. Er (Günther) verhinderte diesen Plan und machte einen anderen Vorschlag, in der Absicht, Stubenrauch von dessen Absicht abzuhalten, da er es nicht für angebracht hielt, politische Märtyrer zu schaffen. Auch Ernst Werner Tschow habe den Plan Stubenrauchs als sinnlos abgelehnt, wie ihn auch Kern und Fischer verworfen hätten. Er habe den Eindruck gehabt, daß diese selbst einen fertigen Plan in der Tasche gehabt hätten. Später sei Stubenrauch in den Stglitzer Ratskeller zu einer Unterredung bestellt worden, von der er sehr enttäuscht zurückgekehrt sei. Es sei gesagt worden, daß Rathenau auf eine andere Weise beseitigt werde. Es sei von Gefangenenerfreierung die Rede gewesen. Der Angeklagte habe sich ferner bereit

erklärt, die Garage zu besorgen und habe auch die Maschinenpistole übernommen. Auf Befragen des Verteidigers Dr. Jäckel gab der Angeklagte zu, daß es sich von seiner Seite um eine Wichtigkeit gehandelt habe. Die Maschinenpistole hätte Hoff besorgen wollen, dem er aber nicht gesagt habe, daß sie zur Ermordung Rathenaus dienen sollte. Erst später habe er ihm das angedeutet. Die Vorgänge in der Güntherischen Wohnung schiederte der Angeklagte ähnlich wie Tschow. Dieser sei bei den Besprechungen meist zugegen gewesen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. Oktober 1922.

Beratungen über die Auswirkung der erhöhten Brotpreise.

Das WB. meldet: In der Reichsanleihe fand unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Bauer eine Besprechung mit Vertretern der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, des Zentralverbands des deutschen Großhandels, sowie der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels über die Auswirkungen der bevorstehenden Erhöhung des Brotpreises statt. Die Vertreter der Arbeitgeber anerkannten grundsätzlich die Notwendigkeit eines Lohnausgleichs der durch die Brotpreiserhöhung voraussichtlich eintretenden Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Sie erklärten sich bereit, die Frage mit ihren Organisationen zu besprechen und deren Stellungnahme herbeizuführen. Falls es sich als nötig erweisen sollte, werden alsdann weitere Verhandlungen mit der Regierung stattfinden.

Neues Geld.

Wie die „Voss. Zeitung“ aus Berlin meldet, wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages mit der Ausgabe der neuen 5000-Marktscheine begonnen werden. Von den neuen Scheinen sollen täglich 1 1/2 Milliarden in den Verkehr geworfen werden. Man hofft, dadurch die Geldzirkulation flüssiger gestalten zu können. Gleichzeitig trifft man Vorbereitungen für die Ausgabe des neuen Hartgeldes. Außer den Dreimarktscheinen sollen 10- und 20-Marktscheine in den Verkehr gebracht werden. Das Zehnmarktscheint ist etwas kleiner als das Dreimarktscheint vor dem Krieg, und das Zwanzigmarskscheint etwas kleiner als das silberne Fünfmarskscheint.

(SB.) Stuttgart, 5. Okt. Etwa 3000 Menschen versammelten sich am Mittwoch nachmittag auf dem Marktplatz zu einer vom Betriebsräte-Ausschuß einberufenen Kundgebung gegen Wucher und Teuerung. Kommunist Müllerhöhn stellte in einer Ansprache folgende Forderungen auf: Bereitstellung von städt. Mitteln an die Minderbemittelten zur Beschaffung von Kartoffeln, Kohlen und Holz, Milchpreissetzung von 20 M für Minderbemittelte, Erhöhung der Minderbemitteltenrente, Überwachung des Groß- und Kleinhandels durch einen Kontrollausschuß der Betriebsräte und Beschlagnahme der Willen und Hotels und deren Ueberweisung an Proletariatsfamilien. Diese Forderungen soll der Kontrollausschuß beim Oberbürgermeister vorbringen.

(SB.) Rottweil, 5. Okt. Bekanntlich werden die Bezirke Rottweil, Oberndorf, Sulz, Spaichingen, und Tuttlingen für 200 Millionen Mark Notgeld ausgeben und zwar in Stücken zu 500 Mark. Die von der Firma Greiner und Pfeiffer in Stuttgart hergestellten Scheine sind in grünblauer Farbe gehalten. Ein Teil des Notgeldes soll schon anfangs der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen. Die Umlaufzeit wird zunächst auf ein Vierteljahr festgesetzt.

(SB.) Von der badischen Grenze, 5. Okt. Borechtigtges Aufsehen erregt die Kunde von dem spurlosen Verschwinden eines 17jährigen Mädchens aus Seedorf, das mit seiner Schwester in Holland sein Glück finden wollte. In einer Grenzstation wurde es im Gedränge von der Schwester getrennt und ein Hilferuf war seitdem das einzige, was diese noch von ihm vernommen — eine dringliche Warnung für alle vertrauensselig reisende Mädchen.

(SB.) Heidenheim, 5. Okt. Der Bezirkswohlfahrtsvereins hat aus Mitteln der Kapitalleientnerhilfe an 156 Antragsteller des Bezirks 481 500 Mark in durchschnittlichen Gaben von 2000 Mark verteilt. Für die Mittelstandsnothilfe sind seit der letzten Verteilung im März ds. Js. 286 000 Mark eingegangen, darunter von den Industriellen des Bezirks 153 700 Mark. So konnten an bedürftige Angehörige des Mittelstandes durchschnittlich 1000 Mark verteilt werden.

(SB.) Von der bayerischen Grenze, 5. Okt. Umfangreiche Kulturarbeiten werden im Donauried bei Günzburg ausgeführt, wozu Sträflinge verwendet werden. Auch Graf v. Stauffenberg hat bei Jettingen eine Fläche Moor entwässern lassen, um sie unter den Pflug nehmen zu können. Durch diese Arbeiten werden an 400 Tagwerk Oeblandereien in fruchtbares Ackerland umgewandelt. — Einem Herrn und einer Dame aus St. Gallen, die mit dem Schnellzug ab Lindau nach München geschritten sind, wurde während der Fahrt zwischen Thalkirchdorf und Ratholz aus einer Tasche des Reisegepäcks ein Sack über 50 000 M, 500 Schweizer Franken in Papiergeld, 2 Schweizer Zehnfrankenscheine in Gold und 1150 M in deutschem Gelde (Gesamtsumme nach unserer Valuta 214 950 M) entwendet. Die Täter konnten am Bahnhof in Immensstadt festgenommen werden.

Württ. Landtag.

Die Staatsrede des Staatspräsidenten.

(SB.) Stuttgart, 4. Okt. Präsident Walter eröffnete die 149. Sitzung um 3.20 Uhr. Unter den Einläufen befindet sich eine Große Anfrage Bazille (W.P.) über Fürsorgemaßnahmen für die Kleinrentner, sowie ein Antrag

des Ausschusses
über die
Berichter
trag des Fin
fugnisse der
noten. Dann
haushaltge
Staatspre
Die rüchichte
er aus, die
schreindem
stäblich tägl
zuerst die
das Volksg
rufen. Sol
mag oder m
Kartoffelpre
einer noch e
Einfuhr vor
möglich unt
zum Einfuhr
um Lebens
schrenden G
schiebung f
dung Rathe
besonders i
unseres Volk
eine gewisse
rung zu die
haben den G
gebung nich
fordern nur
gebend sein
fahrungen de
rung uns n
daß jeder d
gen nur erf
uns die Ein
wünsche unt
weil das ve
sehe zweifel
lungen zwif
Lande über
Gesetz stellen
gleich u
Innern hat
Republik in
lauf dieser
nen genauer
die Pflicht
keine neue
auch der w
Boden der
tig fest und
durchaus ni
drigem und
ten zu bege
politischen
Umfreies de
Die Weimo
was sie für
Ziele nicht
daß die Län
arbeiten, so
Verwaltung
gung der p
Die Einheit
ein Fortschri
übernommen

Endlich
Familie, die
hinwiederum
immer etwa
Kreis um das
machte er n
einer andere
daß er aben
Strohsack be
Eines M
und der hol
schon nicht
der arme Th
Pfad durch
Lichter seine
und immer
licher Haft i
halb, in eine
wieder gar
Schritte bes
nicht. Jetzt
ist mein Hir
wanderte im
bein Steden
sprach er zu
Bettelstab, u
den habe. M
schwunden, u

die Maschinen
eidigers Dr. Jäder
er Seite um eine
mpfiole hätte Woff
be, daß sie zur Er
r habe er ihm das
en Wohnung schil-
Dieser sei bei den

nd.
Oktober 1922.
ückung

and unter dem
Besprechung mit
der industriell-
Arbeiternehmer
tischen Großhan-
den Einzelhan-
den Erhöhung
Arbeitgeber an-
eines Lohnaus-
trausichtlich ein-
shaltung. Sie
Organisationen
herbeizuführen.
werden alsdann
stattfinden.

bet, wird wahr-
s mit der Aus-
werden. Von
liarden in den
durch die Geld-
leidzeitig trifft
neuen Hartgel-
und 20-Mark-
Zehnamstück
dem Krieg, u
siberne Zünf-

chen versammel-
ektplatz zu einer
ndgebung gegen
stellte in einer
lung von städt.
ng von Kartof-
20 M für Min-
ngrenz, Ueber-
a Kontrollaus-
Willen und Ho-
nen. Diese For-
rgermeister vor-

werden die Be-
en, und Tutt-
ausgeben und
Firma Grei-
scheine sind in
Notgeldes soll
abe gelangt.
jahr festgelegt.
Berechtigt
en Verschwin-
f, das mit sei-
ste. In einer
Schwester ge-
gige, was diese
Warnung für

irtswohltätig-
rentnerhilfe
arf in durch-
Für die Mit-
ing im März
on den Indu-
nnten an be-
chnittlich 1000
Umfangreiche
urg ausgeführt,
o. Stauffenberg
lassen, um sie
Arbeiten wer-
s Uferland um-
s St. Gallen,
gefahren sind,
f und Katholz
50 000 M, 500
ehnfrankenstücke
umme nach un-
er konnten am

enten.
alter eröffnet
Einläufen be-
3.) über Fär-
e ein Antrag

Des Ausschusses für Innere Verwaltung zu dem Gesekentwurf über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Versicherung des beweglichen Vermögens und ein Antrag des Finanzausschusses über die Erweiterung der Befugnisse der Württ. Notenbank zur Ausgabe von Banknoten. Dann tritt das Haus in die 1. Lesung des Staats-Haushaltsgesetzes ein.

Staatspräsident Dr. Hieber hält seine Etatsrede. Die rücksichtslose und gewissenlose Schlemmerei, so führte er aus, die wir mannigfach beobachten müssen, steht in schreiendem Gegensatz zu der Not, in der Tausende buchstäblich täglich mit dem Hunger zu ringen haben. Nicht zuerst die Gesetzgebung, sondern die öffentliche Meinung, das Volksgewissen möchte ich zum Kampf hiergegen aufrufen. Sodann müssen wir jetzt, ob es Einzelnen weh tun mag oder nicht, dafür sorgen, daß wenigstens die Brot- und Kartoffelpreise für die minderbemittelten Volkskreise auf einer noch erschwinglichen Höhe bleiben. Wir müssen die Einfuhr von Genußmitteln und Luxuswaren soweit wie möglich unterbinden und all das, was unsere Wirtschaft zum Einkauf im Ausland erübrigen kann, zusammenfassen, um Lebensmittel und Rohstoffe einzuführen. Nach einem ehrenden Gebeten des verstorbenen Finanzministers Viesching führte der Staatspräsident weiter aus: Die Ermordung Rathenaus hat in der innerpolitischen Entwicklung, besonders in der Reichsgesetzgebung, das öffentliche Leben unseres Volkes monatelang weithin beherrscht. Es ist jetzt eine gewisse Entspannung eingetreten und es besteht die Hoffnung, die Stellung der württembergischen Regierung zu dieser Reichsgesetzgebung kurz darzulegen. Wir haben den Gesetzen zugestimmt, weil für eine solche Gesetzgebung nicht die Verhältnisse eines einzelnen Landes, sondern nur die Lebensfrage des ganzen Volkes ausschlaggebend sein können. Wir haben auch an den Auseinandersetzungen der bayrischen Regierung mit der Reichsregierung uns nicht beteiligt, weil wir der Meinung waren, daß jeder derartige Streit innerhalb deutscher Regierung nur erschwerend und verzögernd wirken könne, weil uns die Einheit des Reiches näher steht als die Sonderwünsche und Sonderverhältnisse eines einzelnen Landes, weil das verfassungsmäßige Zustandekommen dieser Gesetze zweifellos feststand. Nachträgliche Sonderverhandlungen zwischen der Reichsregierung und einem einzelnen Lande über ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Gesetz stellen ein, gelinde gesagt, staatsrechtlich und politisch gleich unerwünschtes Ereignis dar. Der Minister des Innern hat die Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik in die Wege geleitet und wird vielleicht im Verlauf dieser Beratungen Gelegenheit nehmen, sich im einzelnen genauer darüber auszusprechen. Das Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik schafft keine neuen Verpflichtungen der Beamten. Die Pflicht auch der württembergischen Landesbeamten, sich auf den Boden der Republik zu stellen, steht klar und unzweideutig fest und das württembergische Beamtenrecht erscheint durchaus nicht unzureichend, um etwaigen verfassungswidrigen und verfassungsschädigenden Verhalten von Beamten zu begegnen. Die Frage der besonderen Stellung der politischen Beamten, die Bestimmung des Begriffs und Umkreises der politischen Beamten, wird zurzeit bearbeitet. Die Weimarer Verfassung nimmt den Ländern nichts, was sie für die Zusammenfassung der Länder zu höherem Ziele nicht wiedergibt. Daraus folgt die Notwendigkeit, daß die Länder mit dem Reich vertrauensvoll zusammenarbeiten, sowie die Notwendigkeit einer dezentralisierten Verwaltung durch Landesangehörige unter Berücksichtigung der praktischen Notwendigkeiten der Landesteile. Die Einheitlichkeit des Betriebs der Verkehrsanstalten ist ein Fortschritt. Die Finanzverwaltung mußte vom Reich übernommen werden, wenn es die Verbindlichkeiten erfül-

ten wollte, die aus dem von der Nation gemeinsam geführten Kriege fließen. Wir werden wie bisher auf Einhaltung der Verträge dringen und wissen uns darin eins mit den württembergischen Reichsbeamten. Im Verkehr der Reichsbehörden mit der Landesregierung haben wir schon wiederholt über allzu rasche Behandlung von Gesekentwürfen, über zu kurze Ansetzung von Terminen Beschwerde geführt. Wegen der sog. Schuldfrage bin ich wiederholt in Berlin vorstellig geworden, sie in breiter Öffentlichkeit aufzutrollen. In der letzten Zeit sind ja nun Dokumente veröffentlicht worden und aus dem jüngsten Interview des Reichszanlers geht hervor, daß auch die Reichsregierung dieser Schicksalsfrage unseres Volkes ernste Aufmerksamkeit zuwendet. Die Weimarer Verfassung und für uns hier zu Lande die Verfassung vom September 1919 ist und bleibt auf lange hinaus die Grundlage jeder politischen Arbeit im Reich und Lande. Ueber die, die sich der neuen Zeit entgegenstemmen, wird sie rücksichtslos hinwegschreiten. Nur auf dem Boden der Demokratie und Republik ist positive politische Arbeit, ist ein Wiederaufbau des Vaterlandes möglich. (Beifall und Anruhe rechts.)

Abg. Dr. Reichwänger (B.P.) bedauert, daß der parlamentarische Ton immer noch sehr zu wünschen übrig läßt. Groß ist die materielle Not, noch größer die seelische, denn weite Teile unseres Volkes haben jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufgegeben. Der Etat sollte künftig früher eingebracht werden, auch muß Zeit gewährt sein, die Gesetze gründlich durchzuberaten. Die Einschränkung der Ausgaben auf das allernotwendigste ist unvermeidlich und auch der Landtag darf nicht allzu gefeindlich sein. Tun auch die Beamten voll ihre Pflicht, so ließe sich doch auch die Zahl der Hilfsangestellten vielleicht noch einschränken. Trotzdem muß auf die Pflege der kulturellen Anstalten Sorgfalt verwendet, die Landesuntersität mehr unterstützt und der Not der Studenten abgeholfen werden. Die Hilfsmaßnahmen für Kleinrentner sind viel zu gering und bedürfen der Ausdehnung auf weitere Kreise. Scharf zu verurteilen ist die Verchiebung von Lebensmitteln ins besetzte Gebiet. Zu große Händlergewinne müssen ausgeschaltet werden. Eine Hauptursache unserer Teuerung ist der Ausverkauf durch Ausländer. Verteuernd wirkt auch der schematische Achtsundentag, durch den unsere Produktion zurückgeht, anstatt daß sie gesteigert würde. Dazu kommt als Wurzel alles Uebels der Versailler Vertrag. Dennoch ist nicht der verlorene Krieg unser größtes Unglück, sondern unsere Uneinigkeit, die nicht einmal über die allerwichtigsten Fragen eine Harmonie und Verständigung zustande kommen läßt. Die Parole des Klassenkampfes muß der Gemeinschaftsidee weichen. Vor allem muß gegen die politische und konfessionelle Verheugung der Jugend strengste Verwahrung eingelegt werden. Die Beamtenschaft hat die Regierung immer unterstützt, muß aber auch jede Verheugungsbestrebung ablehnen. Der Redner kommt dann auf das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu sprechen und beklagt, daß Reichspost- und Reichseisenbahnverwaltung in der Tarifpolitik viel zu wenig berücksichtigen. Die württ. Industrie kann im Wettbewerb mit Norddeutschland nicht mehr aufkommen, wenn die württ. Wünsche bei Staffeln der Tarife nicht mehr berücksichtigt werden. Das Gesetz zum Schutze der Republik ist ein Ausnahmegesetz und muß abgelehnt werden. Die Zustimmung der württ. Regierung zu dem Schutzgesetz, das eine Art Fremdherrschaft über Württemberg bringt, ist zu bedauern. Man kann sehr wohl auf dem Boden der Verfassung stehen, ohne Republikaner zu sein.

Abg. Ulrich (Soz.): Der Haushaltsplan ist mit größter Vorsicht aufgestellt. Keine Ausgaben ohne Deckung muß Leitfaden der Regierung sein. Das Bestreben, die Gemeinden in höherem Maße heranzuziehen, verdient Unterstützung. Landwirtschaft und Industrie müssen stärker besteuert werden, da sie noch lange nicht so belastet sind wie die Gehalts- und Lohnempfänger. In Manchem ließe sich noch sparen. Die neue Bezirksordnung läßt immer noch auf sich warten, die Kreisregierungen sind nicht aufgehoben,

die Zahl der Oberämter ist nicht verringert. In Verbindung damit muß das demokratische Wahlrecht auch bei den Gemeindevahlen eingeführt werden. Es ist moralische Pflicht der Allgemeinheit, in der Wohnungsnot Abhilfe zu schaffen. Auf keinen Fall darf die Wohnungswirtschaft abgebaut werden. Die Bau-genossenschaften sind durch staatliche Kredite zu unterstützen. Die Staatsflugheide gebietet eine durchgreifende Sozialpolitik. Der Schlemmerei müsse man durch Erfassung der Sachwerte und sonstige Sozialisierungsmaßnahmen entgegenreten. Der Achtsundentag habe eine höhere Arbeitsleistung im Gefolge gehabt. Die Regierung muß die Gefahr einer Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit im Auge behalten. Besonders muß sie die Ueberfremdung durch ausländisches Kapital bekämpfen. Die Getreideumlage ist notwendig zur Sicherstellung unserer Volksernährung. Justizverwaltung und Polizei verstehen es leider, von geistig, politisch und moralisch bankrotten Kommunisten immer wieder Leben einzuhauchen. Für die Sicherung der Republik ist eine Umstellung des Geistes der Jugend notwendig mit intensiver betriebener staatsbürgerlicher Erziehung. In dieser Richtung liegt auch die Erhaltung der Pressefreiheit, die durch Kreditbewahrung und öffentliche Bewirtschaftung des Papiers unterstützt werden muß. Zur Sicherung der Republik gehört auch die Entfremdung der Monarchenbistien und ein Verbot von monarchistischen Kundgebungen bei Regimentsfeiern. Der Redner polemisierte zum Schluß gegen die Rechte, die die Mordatmosphäre geschaffen habe. Dadurch seien die Schutzgesetze notwendig geworden, für deren Ausführung die Sozialdemokratie jederzeit eintrete.

Schluß 1/2 9 Uhr. Donnerstag 9 Uhr Fortsetzung der Staatsberatung.

Meine Anfrage.

(S.C.B.) Stuttgart, 4. Okt. Die Mehrheitsparteien haben im Landtag an die Regierung eine Anfrage betr. die steigende Not der Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen und der schwer geschädigten württ. Kolonial- und Auslandsdeutschen gerichtet, unter denen große Erbitterung Platz gegriffen hat, weil die Spruchkammer des Reichsentwidungsamtes die Schadensfälle überaus schleppend und bürokratisch behandelt. Sie fragen, ob das Staatsministerium bereit ist, bei der Reichsregierung hiegegen energischer Einspruch zu erheben.

Preistreiberei im Obstverkehr.

(S.C.B.) Stuttgart, 5. Okt. Die Abg. Groß, Heymann, haben namens ihrer Fraktionen folgende dringliche Anfrage im Landtag eingebracht: Die württembergischen Großbrauereien haben in den letzten Tagen ohne im Besitz von Handelserlaubnissen zu sein, große Obstmengen zu Most- und Schnapsbereitung aufgekauft. Durch das Eingreifen dieser Großfirmen in den Obsthandel ist der Preis für Most- und Speiseobst in wenigen Tagen um einige 100 Mark pro Ztr. in die Höhe getrieben worden. Das Wucheramt hat nun diese aufgekauften Obstmengen beschlagnahmt, weil in diesem Vorgehen eine unerhörte Preistreiberei festgestellt worden ist. Die Stadtdirektion Stuttgart hat nach der Beschlagnahme einigen Stuttgarter Groß-Brauereien die Großhandelserlaubnis erteilt, so daß der Zweck der Beschlagnahme dieser Preistreiberei im Obstverkehr, entgegenzuwirken, hinfällig wird. Durch diesen Vorgang sind alle bisherigen Maßnahmen des Ernährungsministeriums, den Preis für Most und Speiseobst, entsprechend in reichigen Grenzen zu halten, durchkreuzt worden. Ist der Ernährungsminister im Interesse der Allgemeinheit bereit, diesen Mißständen sofort wirkungsvoll zu begegnen? Ist er bereit, die nachträglich ausgestellten Großhandelserlaubnisse für Großbrauereien für ungültig zu erklären und sofort Maßnahmen zu treffen, um die aufgekauften Obstmengen zu angemessenen Preisen der minderbemittelten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen?

Der E-Bund.

11) Eine Erzählung für Christkinder vom Verfasser des „armen Heinrich“.

Endlich nach langem Umherirren fand er eine arme Familie, die ihm ein Obdach gewährte, und mit der er dann hinwiederum sein Bettelbrot teilte, von dem er am Abend immer etwas übrig hatte, oft mehr, oft weniger. Im Umkreis um das Dorf, wo er diese armelige Heimat gefunden, machte er nun seine täglichen Bettelgänge, jeden Tag nach einer anderen Seite hinaus, und jeden Tag nur so weit, daß er abends wieder zu seinem Nachtlager, das aus einem Strohsack bestand, wieder zurückkommen konnte.

Eines Abends, als die Erntezeit längst vorüber war, und der hohe Saal mit der blauen Sternbesäten Kuppel schon nicht mehr zum Schlafgemach taugte, verweilte sich der arme Theodor zu lange auf dem Heimwege, konnte den Pfad durch den dunklen Wald nicht mehr finden und die Lichter seines Dorfes nicht schimmern sehen. Er eilt fort und immer fort, geht die ganze Nacht hindurch mit ängstlicher Hast immer weiter durch Wald und Feld und meint bald, in einer bekannten Gegend zu sein, bald kann er sich wieder gar nicht auskennen. Seine Angst wächst, seine Schritte beschleunigen sich, an die Müdigkeit denkt er gar nicht. Jetzt fällt ihm aber der 23. Psalm ein: Der Herr ist mein Hirt, mir wird nichts mangeln. Und ob ich auch wanderte im finstern Tal, so fürchte ich mich doch nicht; dein Stab und dein Szepter tröstet mich. Ei das ist ja wahr, sprach er zu sich selber, das ist ein besserer Stab als der Bettelstab, und warum sollt ich mich fürchten, wenn ich den habe. Als bald war auch alle Angst seines Herzens verschwunden, und er beschloß, ruhig und langsam weiter zu

gehen, bis ihm der gute Hirt einen Weg zeige. Bald darauf kam er auch wirklich auf einen wohlbetretenen Fußpfad und ging eine Zeitlang getrost auf demselben fort, denn, dachte er, der muß mich doch zu einem Ziele führen. Aber dort links schimmert etwas durch die Bäume, das ist gewiß ein Licht und da muß auch ein Haus sein, vielleicht ein Dorf, wo ich ein Nachtlager finden kann. In diesem Gedanken geht er auf den Schimmer los, und verläßt den Weg, der ja möglicherweise auch von einem Dorf herkommen kann, statt zu einem hinzuzuführen. Eine Zeit lang kann er das Licht deutlich sehen, und wie er sich auch wenden und drehen mag, das Licht kommt nimmer zum Vorschein; wahrscheinlich war es hinter einem Hügel, der sich durch eine Wendung seiner Schritte vorgeschoben, vor seinen Augen verschwand. Auf's geratewohl geht er nun in der Richtung fort, in welcher er das Licht gesehen zu haben glaubt, bis endlich die Morgendämmerung in seinem Rücken aufsteigt, und nicht lange nachher die ersten Strahlen der Septembersonne die Wipfel der Tannen vergolden. Aus dem Walde heraus kommt er auf eine freie Höhe. Und was ist denn das für ein goldener Vogel, der dort oben hoch in der Luft schwebt? Ist's nicht ein Wetterhahn und darunter ein goldenes Kreuz auf dem hohen Turme eines Doms? Ja das Kind steht endlich vor einer Stadt, meilenweit von seiner bisherigen Heimat entfernt, und ist doch auf dem rechten Wege. Es ist das erstemal, daß Theodor eine Stadt, und zwar eine so große, zu Gesicht bekommt. Er tritt in die Straßen derselben ein, wie in eine neue Welt. Da sind Paläste, großartige Kirchen, glänzende Kaufläden, schöngekleidete Herren und Damen, und seltsam, mitten unter denselben treiben sich auch Bettelbuben herum wie er. Wie ist's doch möglich, denkt er, daß in einer so schönen und reichen Stadt auch so arme Leute wohnen?

Indem er aber diese Knaben mit ihrem struppigen Haar und ihren schmutzigen Gesichtern und Händen betrachtet, fällt ihm ein, daß er sich heute noch nicht gewaschen hat. Von der Anhöhe herab hat er bemerkt, daß ein ziemlich breiter Fluß durch die Stadt strömt, den sucht er auf, um sich darin zu waschen. Seine Kleider bestehen diesmal aus einer schwarzen weiten Jacke, die früher ein Frack gewesen, an dem man die Schöße abgesehen hat, aus alten abgeschossenen, vielfach geflickten Beinkleidern von grünem Manchesier, die früher einem Bräutchen gehört haben, aus blauen zerrissenen Strümpfen und einem Paar abgetragener Weiberschuhe. Ein Hemd hat er nicht, eine Kopfbedeckung auch nicht. Sein schwarzes dichtes Haar aber, das er nun sauber ausgekämmt hat, hängt ihm in glänzenden Locken auf die Schultern herab, und wäre nicht seine weiße Gesichtsfarbe durch die Sonne gebräunt gewesen, so hätte man ihn für einen Zigeuner mit Tischerfessengestalt halten können. Aber was kümmern ihn jetzt Tischerfessen und Zigeuner! Er hat einen Hunger wie beide miteinander, und geht von einer Strafe in die andere, immer in der Hoffnung, es werde ihm einer von diesen reichen und schön gekleideten Menschen auch etwas zu essen anbieten. Weil aber diese Hoffnung fehl schlägt, so wagt er es endlich, bei einem Bäcker, der viele Brote vor dem Fenster stehen hat, um eins zu bitten, wird aber unfreundlich abgewiesen. Er denkt, ist's denn in der Stadt nicht der Brauch, den Bettlern etwas zu geben? Da wollte ich lieber, ich wäre wieder draußen auf meinem Dorfe. Ein Stild Brot hat mir wenigstens ein Bauer noch nie abgeschlagen. Doch wovon sollen denn die Bettelbuben leben, die ich dort am Markte gesehen habe, wenn sie hier nichts bekommen?

(Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand gestern auf 2184 M., der Schweizer Franken auf 412 M.

Märkte.

(S.C.B.) Stuttgart, 5. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 124 Ochsen, 46 Bullen, 260 Jungbullen, 264 Jungrinder, 263 Kühe, 561 Kälber, 1023 Schweine, 33 Schafe und 2 Ziegen. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Qualität 9300—9800, 2. 7500—8800, Bullen 1. 8400—8800, 2. 7200—8100, Jungrinder 1. 9500—9800, 2. 8400—9200, 3. 7400—8000, Kühe 1. 6600 bis 7500, 2. 5100—6300, 3. 3800—4800, Kälber 1. 12 000—12 300, 2. 11 200—11 800, 3. 10 200—11 000, Schweine 1. 19 000—19 500, 2. 17 800—18 800, 3. 16 000—17 200 M. Verlauf des Marktes: befeh.

(S.C.B.) Ludwigsburg, 5. Okt. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 129 Milchschweine, 6 Läuferchweine. Preise für ein Paar Milchschweine 5600—8400, Läuferchweine 10 000 bis 24 000 Mark. Marktverkauf: Die Zufuhr war eine mittlere. Verkauf wurden 4 Läufer- und 87 Milchschweine. Der Verkauf ging rasch von statten.

(S.C.B.) Ulm, 5. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Zutrieb: 11 Stück Großvieh, 28 Kälber und 41 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 2. Qualität 8500, Bullen 2. 7500 bis 7900, Rinder 1. 8600—9000, 2. 8000—8300, Kühe 1. 6500 bis 7000, 2. 5000—6000, 3. 3500—4500, Kälber 1. 11 500—12 000, 2. 10 500—11 200, Schweine 1. 18 000—18 500, 2. 17 000—17 800, 3. 16 000—16 800 M. Marktverkauf: befeh.

(S.C.B.) Balingen, 5. Okt. (Obstmarkt.) Es kosteten: 1 Pfd. Äpfel 5—6 M., Birnen 4—5 M., Zwetschgen 2,50—3 M., saure Mostäpfel pro Ztr. 200—550 M., süße Mostäpfel 170—250 M., Birnen 100—150 M., Bratbirnen 350—450 M. Zufuhr ca. 3000 Ztr. Der Handel war flau. Am Schluß des Marktes vorhandene Reste Mostobst wurden

von Großhändlern zu 180—200 Mark der Ztr. (Birnen und Äpfel) aufgekauft.

Literatur.

Briefe aus meinem Kloster von Hans Heinrich Ehler. Das im Verlag von Greiner und Pfeiffer (Stuttgart) erschienene neueste Werk Ehlers ist so recht kennzeichnend für die Stimmung, die heute alle noch guten und gesunden Kräfte im deutschen Volke beherrscht, die äußere und seelische Not unserer Zeit durch ernstes Streben nach Verinnerlichung zu überwinden. Mit der Ehrer eigenen hochgemuten Sprache des Dichters gibt er eine tiefgründende Symbolik des Klosters Maulbronn, dessen äußere Erscheinungen und Umgebung dabei lebendig und eindringend gekennzeichnet werden. Der mystische Zug, der seine Gedanken durchweht, wird mit wertvollen Betrachtungen für die Wirklichkeit, für unser Leben kräftig durchmengt. Das gesunde lebenswarme Gefühl der Verbundenheit mit der Natur berührt besonders sympathisch. Die innere Zerrissenheit unseres Volkes geht dem Dichter sehr zu Herzen, und man möchte wünschen, daß sein Rat in recht vielen gleichgesinnten Herzen nachklingt:

Könnten wir Deutschland nicht zu einem Bürgerland eingeborenen Blutes machen, in dem nicht der engherzige Mammon und nicht die bössügige Lohnarbeit einander feindselig gegenüber stehen, sondern die wissende Schafflust des einzelnen in seinem Kreis wirkenden Mannes, des frommen Bauern, des ehrbaren Handwerkers, des ehrsam Kaufmanns, des Familienvaters. Sie sind noch nicht ausgestorben, sie stehen noch auf ihren Füßen, wir dürfen sie nicht sterben lassen, wir wollen ihnen wieder zu Rechten, Wert und Würde verhelfen.

Einen Orden der Liebe müssen wir irgendwie untereinander stiften. Die Mönche waren an sich arm, alle zusammen unschätzbar reich.

Der Gesetzgeber kann die Liebe weder verschreiben noch vorschreiben. Wer sie nicht aus dem Kreis höherer Ord-

nungen ruft, wer sich nicht zu ihr in diesen Kreis emporschiebt, wird sie keinen zwei Menschen, geschweige denn einem Volk oder gar einer Menschheit bringen. Teilet alle Güter der Erde aus, und gebt nicht jedem zu seinem Teil den Samen der inneren Schenkung mit, dann habt ihr steinige Wüste ausgeteilt.

Ich bin nur schön, wenn mein Bruder schön ist, ich bin reich, wenn mein Bruder reich ist, ich bin gut, wenn mein Bruder gut ist, ich bin göttlich, wenn mein Bruder göttlich ist.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienst.

am 17. Sonntag nach Dreiein., 8. Oktober. B. T. 257. ¼10 Uhr Hauptpredigt: Pfarrer Möhner v. d. Karls Höhe b. Ludwigsburg. Eingangslied No. 27. „Er kennt den Herrn“. 11 Uhr Sonntagsschule, 1 Uhr C. istenlehre Töchter, alt. Abtlg. 5 Uhr im Vereinshaus Vor. ag von Pf. Möhner: Aus einem Arbeitsfeld der Innern Mission. Opfer für die Brüderanstalt Karls Höhe. Donner. ag: Abend 8 Uhr Missionsvortrag von Miss. Jost-St. Gal. Bilder aus der Asante-Mission.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 8. Oktober 8 Uhr Frühmesse, ¼10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Montag 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell. Dienstag und Freitag während der Messe Rosenkranz.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag den 8. Okt. vorm. ¼10 Uhr Predigt Föhler. Vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Bibelbesprechung 1. Kor. 13. Mittwoch 8 ¼ Uhr Bibelstunde Barth. Stammheim: Vorm. ¼10 Uhr Erbauungsversammlung, nachm. ¼2 Uhr Predigt, Schneck, Mittwoch 8 ¼ Uhr Bibelstunde, Föhler.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der W. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtischer Trockenapparat.

Da das diesjährige Obst längere Zeit zum Trocknen beansprucht müssen sämtliche ausgegebenen Karten um 3 Tage zurückgestellt werden. Die für den 7. Oktober ausgeteilten Karten haben also erst am 10. Oktober Gültigkeit u. s. f.

Bekanntmachung

des Landesfinanzamts, Abteilung f. Besitz- und Verkehrssteuern, betreff. Bewertung geldwerter Vorteile (freie Verpflegung, Wohnung usw.) beim Steuerabzug vom Arbeitslohn (§ 2 E. St. N. D. B.)

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab werden im ganzen Bezirk des Landesfinanzamts (Württemberg und Hohenzollern) für den Steuerabzug vom Arbeitslohn einheitlich veranschlagt:

	auf täglich	auf wöchentlich	auf monatlich
1. die freie Unterkunft und Verpflegung (sog. freie Station einschließlich Wohnung, Heizung und Beleuchtung) bei männlichen Arbeitnehmern	52	312	1300
bei weiblichen Arbeitnehmern	40	250	1100
2. die freie Verpflegung (Beköstigung ohne Wohnung) bei männlichen Arbeitnehmern	47	282	1150
bei weiblichen Arbeitnehmern	35	220	950
3. die freie Wohnung einschließlich Heizung und Beleuchtung bei männlichen und weiblichen Arbeitnehmern	5	30	150

Der Wert einzelner Teile der Verpflegung und sonstiger Sachbezüge wird durch das zuständige Finanzamt veranschlagt.

Stuttgart, den 26. September 1922.

Bosler.

Vorstehende Bekanntmachung wird den Arbeitgebern zur Beachtung hiemit bekanntgegeben.

Hirsau, den 4. Oktober 1922.

Finanzamt
Vollter.

Nähgewandte Frauen u. Mädchen aus Calw oder nächster Umgebung finden lohnende Heimarbeit. Christ. Lud. Wagner, Strickwaren-Fabrik, Calw.

Lüchtiger Mechaniker

(Schnittmacher, wenn geeignet als Vorarbeiter) in gelehrtem Alter gesucht Floreatmetallwerke A.-G., Hirsau.

Bezirks-Beamtenbund Calw.

Der Württembergische Beamtenbund wird am Sonntag, den 8. Oktober 1922, nachmittags 3 Uhr, im „Badischen Hof“ in Calw eine

Versammlung

abhalten. Sämtliche im Württ. Beamtenbund organisierten Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten werden hiezu eingeladen.

Zur Besprechung kommen brennende Tagesfragen.

Der Vorsitzende: Oberamtmann G.S.

Württemberg. Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Stuttgart.

Feuerversicherung Einbruchdiebstahlversicherung. Unser langjähriger Bezirksagent Kaufmann Paul Georgii in Calw, dessen Familie seit nahezu 100 Jahren unsere Bezirksagentur verwaltet, hat sich infolge Krankheit leider genötigt gesehen, die Agenturgeschäfte abzugeben. Wir haben daher unsere den ganzen Oberamtsbezirk Calw umfassende Bezirksagentur dem Herrn

Carl Reichert, Agenturgeschäft in Calw mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js. ab übertragen.

Andem wir unserem bisherigen Bezirksagenten, Herrn Kaufmann Paul Georgii für seine in jahrzehntelanger Tätigkeit unserer vaterländischen Anstalt geleisteten ausgezeichneten Dienste auch öffentlich unseren herzlichsten Dank aussprechen, bitten wir, sich in Versicherungsangelegenheiten künftig an unseren neuen Vertreter zu wenden, der gerne bereit ist, über alle einschlägigen Fragen jede gewünschte Auskunft zu geben.

Der Vorstand.

Calw, d. 5. Okt. 1922.

Todes-Anzeige.

Liesbetäubt geben wir bekannt, daß mein lieb. Mann, unser gut. Vater Groß- u. Urgroßvater

Paul Schlotter Zimmermann heute früh sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer: Marie Schlotter mit Kindern. Beerdigung Sonntag nachm. ¼3 Uhr.

Gras-Berkauf

Samstag, den 7. Oktober mittags 2 Uhr Deländerle 3 Morgen, 4 Uhr Weidensteige 45 Ar, 4 ¼ Uhr Stuttgarter Straße 18 u. 22 Ar, 5 Uhr Heumaden 2 Morgen. Güterbeförderer Bauer.

Das Blaukreuz-Restaurant Adlerstr. 33 Karlsruhe gegr. von der Cv. Stadtmission, sucht sofort 2 chrstl. gesinnte Küchen-Mädchen. Zeitgemäße Bezahlung wird zugesichert.

3 Rbm. schöne Eichen-schnittwaren von 18—70 mm stark, sowie einen starken

Langholzwagen samt Ketten, verkauft Georg Ursig, Wagnermeister, Bad Teinach.

Rauße Felle aller Art Jakob Eberhardt, Badstraße 342.

Heit. Schwarzwaldbüdel 42 jährl. vermög. Geschäftsmann, lebenslustig, wünscht Anschluß an sonnige, heitere verm. Dame. Auch Damen vom Lande, welche sich nach idealem Heim sehnen, werden höfll. gebeten unter Vorlage des Bildes Mitteilung an Postfach 200 Stuttgart vertrauensvoll zu geben. Diskretion verlangt und ebenso zugesichert.

Uhren jeder Art Silberwaren (Geschenkartikel) Optik Lieferung von Kassenbrillen empfiehlt E. Schönlen, Uhrmacher und Optiker, Bad Liebenzell. Reparaturen reell und prompt.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spez. Krampf u. Rotlauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte Hirsch-Universal-Komposition Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

Auf 15. ds. Mts wird von Herrn besser möbl.

Zimmer gesucht.

Angebote unter R. C. 233 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

2 Paar lange Rohrstiefel Nr. 43,

Schnürstiefel Nr. 43 u. einen 2 spännig.

Leiterwagen verkauft Zwinger 204.

Die Geburt eines kräftigen Sohnes zeigen an Professor Kaiser und Frau Hedwig geb. Lachenmann. Calw, 5. Oktober 1922.

Samstag und Sonntag primaneuen Wein und Zwiebelluchen wozu freundlichst einladet H. Dierlamm, Biergasse.

Schreiner-Innung. Am Sonntag, den 8. ds., mittags ¼2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Ochsen“ hier Versammlung statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

Simmozheim. Nächsten Sonntag, den 8. Okt. 1922 findet im Gasthaus zum „Lamm“ eine Herbst-Feier statt. Freunde u. Gönner sind hiezu freudl. eingeladen. Saalöffnung abends 6 Uhr. Anfang ¼7 Uhr. Musikkapelle Paulina Simmozheim.

Wir suchen für einen unserer Angestellten ein möbliert. Zimmer Angebote bitten wir auf unserer Geschäftsstelle abzugeben. Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Elektrotechnikerlehrling mit guten Schulkenntnissen, kräftig, sofort gesucht Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.



Die Konferen... weiß nach en... fluß Frankreich... Auffassung d... Frage zu w... Gründe der... Abbruch der... der eine sehr... halten die... noch an eine

Zwischen habe... t um gerichte... d. nlands zur... die griechische... verführten G... die Entente... selbe Behandl... die Tschechosl...

Da die Entente... ein russisch-de... Rabitalen na... zwischen Fran... lands anbahn... türkische Bün... die Sirenenid... bezweifeln w... auf die Unna...

Bericht... Abbruch d... Er...

London, 6. O... handlungen in... schärft. Den B... gelebt. Von an... heikel bezeichnet... ten, um unter d... Nach Schluß d... Paris ab, um... Die Lage wird... seitdem Mustaf... Man sagt, die... Kampf zu erre... Reise erklären... Seite auf die... stigte zu sein... tung der Türle... tern zufolge w... Friedensbemüh... den Häuser des... London, 7.

Näher britische... sehr ernst ange... getreten. Die... Nerv an zur... Erhaltung der... ierten. Keine... abgehandt wor... gestrige Abrei... worden. Das... werden. Die... umschrieben, d... versprochen wa... tischen Bürgsch... Ueber den... fährt Reuter... anscheinend vo... ten sowie wie... In der Frage... sehr anspruchs... Befegung verlor... heit der Mind... werfung einer... baniaonferenz... Infolgedessen